

Herrn  
Hans Eichel  
Bundesminister der Finanzen  
Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

Elberfelder Str. 77  
42853 REMSCHEID  
Postfach 10 03 62  
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-31  
Telefax 0 21 91/4 38-79  
e-mail fwi@werkzeug.org  
Internet www.werkzeug.org

26. Juni 2003  
L/Re

## **Ergebnisse einer Mitgliederbefragung in der Werkzeugindustrie**

Sehr geehrter Herr Eichel,

die deutsche Werkzeugindustrie beschäftigt in ca. 1000 fast ausschließlich mittelständisch strukturierten und überwiegend inhabergeführten Betrieben ca. 23.000 Beschäftigte. Sie steht in internationalem Wettbewerb wie kaum eine andere Branche: Mehr als die Hälfte der deutschen Produktion werden exportiert. Umgekehrt werden über 50% des deutschen Marktes durch Importe abgedeckt.

Wir sind der Meinung, daß Ihre Politik einer konsequenten Konsolidierung der Staatsfinanzen bei gleichzeitigem Abbau von Subventionen und Begünstigungen sowie der Reduzierung von Abgaben und Steuern auf Arbeitsplätze und Unternehmensgewinne in die richtige Richtung geht: Wir müssen uns in Deutschland auf dem Gebiet der Steuer- und Abgabenbelastung — wie auf allen Gebieten — dem internationalen Wettbewerb durch unsere Nachbarländer stellen, um Investitionen und Arbeitsplätze ins Land zu holen.

Angesichts von Fehlentwicklungen, die in Deutschland nun über 30 Jahre zurückreichen, haben Sie hier eine Aufgabe herkulischen Ausmaßes geschultert.

Wenn wir im Nachfolgenden teilweise kritische Äußerungen aus einer Mitgliederbefragung zitieren, verstehen Sie dies bitte als konstruktive Kritik zum Status quo und keinesfalls an Ihrer Arbeit:

Eine Mitgliederbefragung vom Januar dieses Jahres brachte folgende Stellungnahmen zu steuerpolitischen Themen:

- 100% der antwortenden Unternehmen empfinden insgesamt die Steuer- und Abgabepolitik in Deutschland gegenüber ihren Wettbewerbern in anderen Ländern der Welt als negativ für ihre Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsplätze in ihrem Unternehmen. Sie sind der Meinung, daß "Arbeitsplätze und Investitionen in ihren Unternehmen durch die Abgaben- und Steuerpolitik der Bundesrepublik Deutschland tendenziell eher behindert worden ist."

- Ebenfalls 100% empfinden das Steuerrecht in Deutschland als "unübersichtlich, bürokratisch und wegen zahlreicher Sonderregelungen und teilweise rückwirkender Änderungen unfair".
- 100% der antwortenden Unternehmen halten es für unangemessen, daß einbehaltene Gewinne von Personengesellschaften bei Anwendung des Spitzensteuersatzes in Deutschland wesentlich höher besteuert werden als Gewinne von Kapitalgesellschaften.
- Auf die Frage: "Welche Maßnahmen der Steuer- und Abgabenpolitik in Deutschland könnten ihres Erachtens zu einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens beitragen?" antworten 100% "Senkung der Steuern auf thesaurierte Gewinne".
- Auf die Frage der Gegenfinanzierung antworten knapp 90% "Subventionskürzungen" und knapp 60% "Abstriche im sozialen Bereich".

Erkennbar ist, daß die mit dem nächsten Schritt der Steuerreform angestrebte weitere Senkung der Einkommenssteuerbelastung von unseren Mitgliedern tendenziell als Schritt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit ihrer Arbeitsplätze angesehen wird.

Weitere Schritte zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland in Bezug auf Steuer- und Abgabenpolitik tun jedoch Not: Der status quo wird von den befragten Industrieunternehmen noch als negativ für die Wettbewerbsfähigkeit und damit Sicherheit ihrer Arbeitsplätze im internationalen Wettbewerb empfunden.

Und nur durch wettbewerbsfähige Bedingungen werden Investitionen in Arbeitsplätze in Deutschland möglich.

Dies spricht aus unserer Sicht für ein Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform, da ohne diese die heimische Industrie weiter schrumpfen und die ausländische an anderen Standorten investieren wird.

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e. V.  
Der Geschäftsführer



Langelüddecke

*für die Unternehmer der deutschen Werkzeugindustrie*